

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Jörn Ipsen

29. Auflage 2017. Buch. XXVIII, 325 S. Kartoniert

ISBN 978 3 8006 5526 7

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Ipsen | Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Von

Dr. Jörn Ipsen

Professor an der Universität Osnabrück

Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs a. D.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
29., überarbeitete Auflage 2017

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Ipsen StaatsR I Rn.*



www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5526 7

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Für Nils und Birga

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Die freundliche Aufnahme auch der 28. Auflage des Lehrbuchs hat eine Neuauflage wiederum binnen Jahresfrist erforderlich gemacht. In ihr sind die neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ebenso berücksichtigt wie Gesetzesänderungen und in der Zwischenzeit erschienene Literatur zum Staatsrecht. Der für Studierende nicht leicht zugängliche Stoff des Staatsorganisationsrechts wird nicht ausschließlich abstrakt dargestellt, sondern durch Fallbeispiele illustriert. Sie lassen anschaulich werden, welche Rolle dem Staatsrecht in der heutigen Rechtspraxis zu kommt. Bewusst wurde hierbei ein Höchstmaß an Aktualität angestrebt, so dass der Leser auch auf »Fälle« stößt, die noch nicht Gegenstand von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gewesen sind. Dies möge als Zeichen dafür verstanden werden, dass das Staatsrecht ein in stetem Wandel begriffenes Rechtsgebiet ist.

Naturgemäß spielt die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts im Staatsrecht eine ausschlaggebende Rolle, denn das Grundgesetz gilt so, wie es die Verfassungsgerichtsbarkeit auslegt. Die wichtigsten Entscheidungen sind deshalb den einzelnen Kapiteln in Gestalt einer Rechtsprechungsübersicht angefügt. Ihre Lektüre ist für das Studium des Staatsrechts unentbehrlich, was kritische Distanz zu einzelnen Judikaten nicht ausschließt. Die Literaturübersichten am Ende der einzelnen Kapitel sollen eine rasche Orientierung ermöglichen. Bei der Auswahl wurden neben den grundlegenden Arbeiten vor allem Publikationen berücksichtigt, die eine didaktische Zielsetzung aufweisen.

Angesichts der Beschränkung, die für den Umfang eines Lehrbuchs geboten ist, das nicht nur *durchgelesen*, sondern *durchgearbeitet* werden will, sind die staatstheoretischen Passagen knapp ausgefallen. Diese Zurückhaltung sollte als Verweisung auf die Lehrbücher verstanden werden, die der theoretischen Dimension der Verfassung und ihrer tragenden Grundsätze breiteren Raum geben und insoweit keiner Ergänzung bedürfen.

Das vorliegende Lehrbuch wird durch Kontrollfragen und Antworten ergänzt, die der Wiederholung und Vertiefung des Stoffes dienen und unter der Internetadresse <http://www.joernipsen.jura.uni-osnabrueck.de> abgerufen werden können. An gleicher Stelle finden sich auch Hinweise auf neuere Publikationen des Autors. Anregungen und Kritik werden an die E-Mail-Adresse: *Joern.Ipsen@uni-osnabrueck.de* erbeten.

Dank gilt meiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin Dr. Georgia Marfels, die mich bei der Neuauflage des Buches hilfreich unterstützt hat.

Osnabrück, im Juni 2017

Jörn Ipsen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis (Auswahl)	XXVII
A. Einführung	1
§ 1 Staat und Staatsrecht	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre	2
III. Der Staat als juristische Person	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung	4
V. Literatur	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands	11
IV. Rechtsprechung	12
V. Literatur	12
§ 3 Die Europäische Union	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union	16
III. Grundlagen der Europäischen Union	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund«	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union	20
VII. Rechtsprechung	21
VIII. Literatur	21
B. Die Parlamentarische Demokratie	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen	24
I. Die Wahlsysteme	24
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG	26
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes	33
IV. Wahlprüfung	40
V. Abstimmungen	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament	43
VII. Rechtsprechung	45
VIII. Literatur	45
§ 5 Die politischen Parteien	46
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie	46
II. Die Chancengleichheit der Parteien	50
III. Die staatliche Parteienfinanzierung	53
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG)	57
V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – Das jüngste NPD-Urteil	60
VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2015)	62
VII. Politische Parteien in der Europäischen Union	63
VIII. Rechtsprechung	63
IX. Literatur	63
§ 6 Der Bundestag	65
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem	65
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	78
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	85

IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss)	93
V. Das Europäische Parlament	93
VI. Rechtsprechung	95
VII. Literatur	95
§ 7 Der Bundesrat	97
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	97
II. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II)	99
III. Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes	110
IV. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	113
V. Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates)	114
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	116
VII. Rechtsprechung	116
VIII. Literatur	116
§ 8 Die Bundesregierung	118
I. Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«)	118
II. Die Bundesminister (»Ressortprinzip«)	126
III. Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«)	129
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	130
V. Rechtsprechung	131
VI. Literatur	131
§ 9 Der Bundespräsident	132
I. Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem	132
II. Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten	134
III. Rechtsstellung des Bundespräsidenten	142
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	145
V. Rechtsprechung	145
VI. Literatur	145
C. Der Bundesstaat	147
§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	151
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG)	151
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	152
III. Konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG)	154
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern	160
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG)	162
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes?	162
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	165
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union	166
IX. Rechtsprechung	167
X. Literatur	167
§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung	168
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	168
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	177
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation	182
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung	187
V. Vollzug des Unionsrechts	188
VI. Rechtsprechung	189
VII. Literatur	189
§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes	190
I. Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik	190
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte	191
III. Übersichten	193
IV. Gerichte der Europäischen Union	194
V. Rechtsprechung	194
VI. Literatur	194
§ 13 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis	195
I. Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	195

II.	Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreu)	196
III.	Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)	197
IV.	Bundeszwang (Art. 37 GG)	198
V.	Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	200
VI.	Zum Vergleich: Die Europäische Union	203
VII.	Rechtsprechung	203
VIII.	Literatur	203
D.	Der Rechtsstaat	205
§ 14	Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	206
I.	Trennung der Staatsfunktionen	206
II.	Konstituierung »besonderer« Organe	208
III.	Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane	209
IV.	Einrichtung von Kontrollen	210
V.	Gewaltenteilung in der Europäischen Union	211
VI.	Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	212
VII.	Rechtsprechung	212
VIII.	Literatur	212
§ 15	Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane	214
I.	Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG)	214
II.	Rechtsstaatliche Normenhierarchie	214
III.	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	218
IV.	Rechtsetzung in der Europäischen Union	219
V.	Rechtsprechung	220
VI.	Literatur	221
§ 16	Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	222
I.	Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	222
II.	Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	225
III.	Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	227
IV.	Rechtsschutz in der Europäischen Union	228
V.	Rechtsprechung	228
VI.	Literatur	229
§ 17	Das Bundesverfassungsgericht	230
I.	Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts	230
II.	Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts	232
III.	Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik	234
IV.	Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union	236
V.	Rechtsprechung	237
VI.	Literatur	237
§ 18	Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	239
I.	Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG)	240
II.	Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG)	243
III.	Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG)	245
IV.	Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG)	251
V.	Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG)	255
VI.	Übersichten	259
VII.	Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof	261
VIII.	Rechtsprechung	264
IX.	Literatur	265
E.	Das Sozialstaatsprinzip	267
§ 19	Die Bundesrepublik als Sozialstaat	269
I.	Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips	269
II.	Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	270
III.	Schranken des Sozialstaates?	272
IV.	Übersicht: Der Bundeshaushalt	274
V.	Sozialpolitik in der Europäischen Union	274
VI.	Rechtsprechung	275
VII.	Literatur	275

Inhaltsübersicht

F. Der Schutz der Verfassung	277
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	278
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	278
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	284
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	287
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	290
V. Rechtsprechung	290
VI. Literatur	290
G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft	293
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	294
I. Bundes- und Landeskomp petenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	294
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	298
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	303
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	306
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	308
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	308
VII. Rechtsprechung	309
VIII. Literatur	309
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	311
I. Vereinte Nationen (UNO)	312
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	313
III. Europarat	313
IV. Rechtsprechung	314
V. Literatur	314
Sachverzeichnis	315

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis (Auswahl)	XXVII
A. Einführung	1
§ 1 Staat und Staatsrecht	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre	2
III. Der Staat als juristische Person	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung	4
1. Staatsorganisationsrecht – Staatsrecht – Öffentliches Recht	4
2. Staatsrecht – Verfassungsrecht	5
V. Literatur	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands	11
IV. Rechtsprechung	12
V. Literatur	12
§ 3 Die Europäische Union	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union	16
1. Das primäre Unionsrecht	16
2. Das »sekundäre« Unionsrecht	16
3. Das Verhältnis von nationalem und supranationalem Recht	17
III. Grundlagen der Europäischen Union	18
1. Wirtschafts- und Währungsunion	18
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	18
3. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund«	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union	20
VII. Rechtsprechung	21
VIII. Literatur	21
B. Die Parlamentarische Demokratie	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen	24
I. Die Wahlsysteme	24
1. Das Mehrheitswahlrecht	24
2. Das Verhältniswahlrecht	26
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG	26
1. Grundsatz 1: Die Allgemeinheit der Wahl	26
2. Grundsatz 2: Die Unmittelbarkeit der Wahl	28
3. Grundsatz 3: Die Geheimheit der Wahl	29
4. Grundsatz 4: Die Freiheit der Wahl	30
5. Grundsatz 5: Die Gleichheit der Wahl	30
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes	33
IV. Wahlprüfung	40
V. Abstimmungen	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament	43
VII. Rechtsprechung	45
VIII. Literatur	45

§ 5	Die politischen Parteien	46
	I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie	46
	1. Begriff der »politischen Partei«	46
	2. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der Parteien	47
	3. Mitwirkung bei der »politischen Willensbildung des Volkes«	48
	II. Die Chancengleichheit der Parteien	50
	1. Materialer und formaler Gleichheitssatz	50
	2. Ausformung der Chancengleichheit durch das Parteidengesetz	51
	3. Gerichtliche Durchsetzung der Chancengleichheit	52
	III. Die staatliche Parteienfinanzierung	53
	1. Unmittelbare Parteienfinanzierung	54
	2. Rechenschaftspflicht und Festsetzungsverfahren	55
	3. Steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Parteispenden	56
	IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG)	57
	1. Die »freiheitliche demokratische Grundordnung« als Schutzgut	57
	2. Das Verbotsverfahren (§§ 43ff. BVerfGG)	58
	3. Rechtsfolgen des Parteiverbots	59
	V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – Das jüngste NPD-Urteil	60
	VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2015)	62
	VII. Politische Parteien in der Europäischen Union	63
	VIII. Rechtsprechung	63
	IX. Literatur	63
§ 6	Der Bundestag	65
	I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem	65
	1. Wahlfunktion	65
	2. Kontrollfunktion	65
	a) Zitier- und Interpellationsrecht (Art. 43 Abs. 1 GG)	65
	b) Einsetzung von Untersuchungsausschüssen (Art. 44 GG)	66
	c) Schlichte Parlamentsbeschlüsse	69
	3. Gesetzgebungsfunction (Gesetzgebungsverfahren I)	70
	a) Gesetzesinitiative (Art. 76 GG)	70
	b) Gesetzesberatung	71
	c) Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG)	73
	4. Mitwirkungsfunktion in Angelegenheiten der Europäischen Union und der NATO	74
	5. Repräsentationsfunktion	76
	II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	78
	1. Präsident, Präsidium, Ältestenrat	78
	a) Bundestagspräsident (Art. 40 GG)	78
	b) Präsidium	79
	c) Ältestenrat	79
	2. Bundestagnausschüsse	79
	3. Fraktionen	81
	4. Wahlperiode des Bundestages (Art. 39 Abs. 1 GG)	83
	III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	85
	1. Das parlamentarische Mandat (Art. 38 Abs. 1 GG)	85
	2. Indemnität und Immunität (Art. 46 GG)	87
	a) Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG)	87
	b) Immunität (Art. 46 Abs. 2 GG)	87
	3. Parlamentarische Rechte des Abgeordneten	89
	4. Anspruch auf angemessene Entschädigung (Art. 48 Abs. 3 GG)	90
	5. Pflichten der Abgeordneten	91
	IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss)	93
	V. Das Europäische Parlament	93
	VI. Rechtsprechung	95
	VII. Literatur	95
§ 7	Der Bundesrat	97
	I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	97

II.	Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II)	99
1.	Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	99
2.	Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen	104
3.	Aufspaltung von Gesetzen	106
4.	Vermittlungsverfahren (Art. 77 Abs. 2 GG)	107
a)	Vermittlungsverfahren bei Einspruchsgesetzen	107
b)	Vermittlungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen	108
5.	Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG)	109
III.	Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes	110
1.	Zustimmungsbedürftigkeit von Rechtsverordnungen (Art. 80 Abs. 2 GG)	110
2.	Zustimmungsbedürftigkeit von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2, 85 Abs. 2 S. 1 GG)	111
IV.	Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	113
V.	Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates)	114
1.	Einspruchsgesetz	114
2.	Zustimmungsgesetz	115
VI.	Zum Vergleich: Die Europäische Union	116
VII.	Rechtsprechung	116
VIII.	Literatur	116
§ 8	Die Bundesregierung	118
I.	Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«)	118
1.	Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG)	118
2.	Die persönliche Rechtsstellung des Bundeskanzlers	119
3.	Kompetenzen	120
a)	Richtlinienkompetenz (Art. 65 S. 1 GG)	120
b)	Personalentscheidungen und Organisationsgewalt	121
c)	Geschäftsleitigungsbefugnis	123
4.	Vertrauensfrage (Art. 68 GG)	123
5.	Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG)	124
6.	Rücktritt	125
II.	Die Bundesminister (»Ressortprinzip«)	126
1.	Selbständige Leitung des Geschäftsbereichs (Art. 65 S. 2 GG)	126
2.	Die einzelnen Ressorts	127
3.	Verantwortlichkeit der Bundesminister	127
III.	Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«)	129
IV.	Zum Vergleich: Die Europäische Union	130
V.	Rechtsprechung	131
VI.	Literatur	131
§ 9	Der Bundespräsident	132
I.	Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem	132
1.	Die Stellung des Reichspräsidenten nach der Weimarer Reichsverfassung	132
2.	Die Parlamentarisierung des Regierungssystems durch das Grundgesetz	133
II.	Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten	134
1.	Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes (Art. 59 Abs. 1 GG)	134
2.	Ernennung und Entlassung von Amtsträgern des Bundes (Art. 60 Abs. 1, 64 Abs. 1 GG)	135
3.	Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen (Gesetzgebungsverfahren III)	136
4.	Auflösung des Bundestages (Art. 63 Abs. 4, 68 Abs. 1 GG)	139
5.	Begnadigungsrecht (Art. 60 Abs. 2 GG)	141
III.	Rechtsstellung des Bundespräsidenten	142
1.	Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG)	142
2.	Inkompatibilität und Immunität (Art. 55, 60 GG)	143
3.	Gegenzeichnung (Art. 58 GG)	143
4.	Präsidentenanklage (Art. 61 GG)	144
IV.	Zum Vergleich: Die Europäische Union	145
V.	Rechtsprechung	145
VI.	Literatur	145

C. Der Bundesstaat	147
§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	151
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG)	151
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	152
1. Bundeskompetenzen nach Art. 71, 73 GG	152
2. Kompetenzzuweisungen durch den Begriff »Bundesgesetz«	153
III. Konkurrierende Gesetzgebungsztändigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG)	154
1. Kernkompetenzen	154
2. Bedarfskompetenzen (Art. 72 Abs. 2 GG)	156
3. Abweichungskompetenzen (Art. 72 Abs. 3 GG)	159
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern	160
1. Neue Länderzuständigkeiten	160
2. Neue Bundeszuständigkeiten	161
3. Wiedergewinnung des föderalen Gleichgewichts?	161
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG)	162
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes?	162
1. Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	163
2. »Annex-Kompetenz«	163
3. Kompetenzen »aus der Natur der Sache«	164
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	165
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union	166
IX. Rechtsprechung	167
X. Literatur	167
§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung	168
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	168
1. Ausführung der Bundesgesetze als landeseigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG)	169
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren (Art. 84 Abs. 1 GG)	169
b) Erlass von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2 GG)	172
c) Rechtsaufsicht des Bundes (Art. 84 Abs. 3 GG)	172
d) Aufsichtsmaßnahmen (Art. 84 Abs. 3 und 4 GG)	173
2. Ausführung der Bundesgesetze im Auftrag des Bundes (Art. 85 GG)	174
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren; Verwaltungsvorschriften (Art. 85 Abs. 1 und 2 GG)	175
b) Bund-Länder-Verhältnis bei der Auftragsverwaltung	176
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	177
1. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau (Typ 1)	178
2. Die Ausführung der Bundesgesetze durch Bundesoberbehörden (Typ 2)	179
3. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (Typ 3)	181
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation	182
1. Verbot der Mischverwaltung	182
2. Typenzwang für bundeseigene Verwaltung?	184
3. Gesetzgebungskompetenzen als Grenze der Verwaltungskompetenzen	184
4. Flucht ins Privatrecht	185
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung	187
1. Ausführung der Bundesgesetze durch Landesverwaltung	187
2. Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	187
V. Vollzug des Unionsrechts	188
VI. Rechtsprechung	189
VII. Literatur	189
§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes	190
I. Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik	190
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte	191
1. Bundespatentgericht	191
2. Truppendifferenzgerichte (Art. 96 Abs. 4 GG)	192
3. Staatschutzsachen (Art. 96 Abs. 5 GG)	192
III. Übersichten	193
1. Instanzenzug zwischen Länder- und Bundesgerichten	193

2. Ausschließliche Gerichtsbarkeit des Bundes (Art. 96 GG)	193
IV. Gerichte der Europäischen Union	194
V. Rechtsprechung	194
VI. Literatur	194
§ 13 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis	195
I. Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	195
II. Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue)	196
III. Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)	197
IV. Bundeszwang (Art. 37 GG)	198
V. Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	200
1. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit (Art. 91a–e GG)	200
2. »Paktierender Föderalismus«	202
3. Selbstkoordination der Länder	202
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	203
VII. Rechtsprechung	203
VIII. Literatur	203
D. Der Rechtsstaat	205
§ 14 Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	206
I. Trennung der Staatsfunktionen	206
1. Gesetzgebung (Rechtsetzung)	207
2. Vollziehung	207
3. Rechtsprechung	207
II. Konstituierung »besonderer« Organe	208
III. Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane	209
IV. Einrichtung von Kontrollen	210
V. Gewaltenteilung in der Europäischen Union	211
VI. Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	212
VII. Rechtsprechung	212
VIII. Literatur	212
§ 15 Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane	214
I. Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG)	214
II. Rechtsstaatliche Normenhierarchie	214
1. Verfassung	215
2. Parlamentsgesetz	215
3. Rechtsverordnungen	216
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	218
1. Vorrang der Verfassung	218
2. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	218
IV. Rechtsetzung in der Europäischen Union	219
V. Rechtsprechung	220
VI. Literatur	221
§ 16 Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	222
I. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	222
1. Begriff der »öffentlichen Gewalt«	222
2. Behauptung der Verletzung subjektiver Rechte	223
3. Rechtsweg als Weg zu Gerichten	224
4. Grundsatz der »Rechtsschutzeffektivität«	224
II. Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	225
1. Sachliche Unabhängigkeit des Richters (Art. 97 Abs. 1 GG)	225
2. Persönliche Unabhängigkeit (Art. 97 Abs. 2 GG)	226
III. Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	227
IV. Rechtsschutz in der Europäischen Union	228
V. Rechtsprechung	228
VI. Literatur	229
§ 17 Das Bundesverfassungsgericht	230
I. Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts	230
II. Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts	232
1. Richterwahl (Art. 94 Abs. 1 GG)	232

2. Wahlvoraussetzungen und Rechtsstellung der Richter	233
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik	234
IV. Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union	236
V. Rechtsprechung	237
VI. Literatur	237
§ 18 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	239
I. Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG)	240
1. Rechtsnatur der Organstreitigkeit	240
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	241
a) Parteifähigkeit (§ 63 BVerfGG)	241
b) Antragsbefugnis (§ 64 Abs. 1, 2 BVerfGG)	242
c) Entscheidung (§ 67 BVerfGG)	243
II. Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG)	243
1. Rechtsnatur und Ausgestaltung des Verfahrens	243
2. Zur gegenwärtigen Bedeutung der Bund-Länder-Streitigkeit	244
III. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG)	245
1. Rechtsnatur der abstrakten Normenkontrolle	245
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	246
a) Antragsberechtigung	246
b) Prüfungsgegenstand	246
c) Antragsbefugnis (§ 76 Abs. 1 BVerfGG)	247
3. Prüfungsmaßstab und Entscheidung	248
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG)	251
1. Richterliche Kompetenz zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	251
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	252
a) Vorlageberechtigung	252
b) Vorlagefähige Norm	252
c) Entscheidungserheblichkeit	253
d) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der Norm	254
3. Normenkontrollentscheidung	254
V. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG)	255
1. Rechtsnatur der Verfassungsbeschwerde	255
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	255
a) Beschwerdefähigkeit (Antragsberechtigung)	255
b) Akt der »öffentlichen Gewalt«	256
c) Beschwerdebefugnis	256
d) Frist	257
e) Erschöpfung des Rechtswegs (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	257
3. Das Annahmeverfahren (§§ 93a–d BVerfGG)	257
VI. Übersichten	259
1. Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	259
2. Entscheidungen des BVerfG gegliedert nach Verfahrensarten	260
VII. Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof	261
1. Vertragsverletzungsklage (Art. 258 AEUV)	261
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	262
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	262
4. Vorabentscheidungsverfahren	263
VIII. Rechtsprechung	264
IX. Literatur	265
E. Das Sozialstaatsprinzip	267
§ 19 Die Bundesrepublik als Sozialstaat	269
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips	269
1. Bewältigung der Kriegsfolgen	269
2. Sozialversicherung	269
3. Sozialhilfe	270
4. Arbeitsrecht, insbesondere Arbeitsschutz	270
5. Ausbildungsförderung	270
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	270

1. Allgemeine Bedeutung des Sozialstaatsprinzips	271
2. Sozialstaatsprinzip und »Daseinsfürsorge«	272
3. Sozialstaatsprinzip und Sozialversicherung	272
III. Schranken des Sozialstaates?	272
IV. Übersicht: Der Bundeshaushalt	274
V. Sozialpolitik in der Europäischen Union	274
VI. Rechtsprechung	275
VII. Literatur	275
 F. Der Schutz der Verfassung	277
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	278
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	278
1. Erschwerete Abänderbarkeit der Verfassung (Art. 79 Abs. 2 GG)	278
2. Das Verbot der Verfassungsdurchbrechung (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG)	279
3. Die sog. »Klarstellungsklausel« (Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG)	281
4. Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG)	281
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	284
1. Verfassungstreue des Beamten	284
2. Präsidentenanklage und Richteranklage (Art. 61, 98 Abs. 2 GG)	286
3. Verfassungssicherung durch parlamentarische Kontrolle	287
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	287
1. Nachrichtendienstlicher Verfassungsschutz	287
2. Abwehr konkreter Gefahren für die Verfassung	288
3. Grundrechtsverwirklung, Vereins- und Parteiverbot (Art. 18, 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG)	288
4. Strafrechtlicher Verfassungsschutz	289
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	290
V. Rechtsprechung	290
VI. Literatur	290
 G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft	293
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	294
I. Bundes- und Landeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	294
1. Abschluss- und Transformations-(Vollzugs-)kompetenz	294
2. Bundeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	295
3. Teilhabe der Bundesländer an den auswärtigen Beziehungen	297
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	298
1. Pflege der auswärtigen Beziehungen als exekutive Kompetenz	298
2. Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an Verträgen mit auswärtigen Staaten (Art. 59 Abs. 2 GG)	299
3. Beteiligung des Bundespräsidenten an der Vertragsgesetzgebung	302
4. Verwaltungsabkommen (Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG)	303
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	303
1. Vertragsgesetz als Gegenstand der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG)	304
2. Inhaltliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge durch das Bundesverfassungsgericht	305
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	306
1. Verbandskompetenzen (Abschluss und Transformation)	306
2. Vertragsarten und Mitwirkungsakte von Bundestag und Bundesrat	306
3. Verfahren des Vertragsabschlusses	307
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	308
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	308
VII. Rechtsprechung	309
VIII. Literatur	309
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	311
I. Vereinte Nationen (UNO)	312
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	313
III. Europarat	313

Inhaltsverzeichnis

IV. Rechtsprechung	314
V. Literatur	314
Sachverzeichnis	315

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG